

„Partisanen-Mörder“ auf Südtirols Schüler losgelassen?

Ein Traditionsverband von „Partisanen“, der sich von Mördern nicht distanzieren, werde auf Südtirols Schüler losgelassen. Diesen Umstand kritisiert der FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer.

LH Arno Kompatscher und seine SVP hätten laut Neubauer zuletzt in ihrer Anfragebeantwortung zu dem Zeitgeschichte-Unterricht durch einen ‘Partisanen’-Verband an Südtirols Schulen einen Offenbarungseid abgelegt.

Unter diesem Titel veröffentlichte das Nachrichtenportal [unsertirol24](http://unsertirol24.com) einen Pressedienst des FPÖ-Nationalratsabgeordneten und Südtirol-Sprechers Werner Neubauer, den wir nachstehend zur Gänze wiedergeben:



FPÖ-Neubauer: Die Südtiroler Landesregierung opfert die Interessen des Landes und orientiert sich an Wünschen Roms

(30.08.2016, 11:08 | OTS0057 | Freiheitlicher Parlamentsklub)

„Ein Traditionsverband von „Partisanen“, der sich von Mördern nicht distanzieren, wird auf Südtirols Schüler losgelassen“



Werner Neubauer

Wien (OTS) – „LH Arno Kompatscher und seine SVP haben zuletzt in ihrer Anfragebeantwortung zu dem Zeitgeschichte-Unterricht durch einen ‚Partisanen‘-Verband an Südtirols Schulen einen Offenbarungseid abgelegt“, sagte heute FPÖ-**Südtirol**-Sprecher NAbg. Werner **Neubauer**. „Am 28. April 2016 hatte der Südtiroler Landeshauptmannstellvertreter Christian Tommasini mit Zustimmung des Landeshauptmannes Arno Kompatscher und der SVP-Fraktion in der Landesregierung eine Vereinbarung mit der Nationalen Italienischen Partisanenvereinigung ANPI unterzeichnet. Damit war diesem ‚Partisanen‘-Traditionsverband ein weitgehendes Mitgestaltungsrecht beim Zeitgeschichte-Unterricht an Südtirols Schulen eingeräumt worden“, erklärte **Neubauer** die Vorgeschichte.

In einer Anfrage vom 18. Mai 2016 wollte, so **Neubauer**, die Freiheitliche Partei Südtirols von der Landesregierung wissen, ob dieser bekannt sei, „dass es sich bei der ANPI um eine Organisation handelt, welche sich als Traditionsverband auch sogenannter Nachkriegs-‚Partisanen‘ sieht, die 1945 kommunistisch inspirierte Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung – auch in **Südtirol** – begangen haben?“ Die Freiheitlichen wollten dann weiters wissen, ob man einen Verband damit beauftragen solle, „das Geschichtsbild der Südtiroler Jugend zu formen“, wenn derselbe sich von diesen Massenmorden an Zivilisten bis heute nicht distanziert habe.

„Für die Beantwortung dieser Fragen benötigte die Landesregierung entgegen den Rechtsbestimmungen ganze drei Monate, um dann festzustellen, dass es sich bei der ANPI um eine Vereinigung handle, ‚die auf staatlicher Ebene als anerkannte Körperschaft eingetragen ist.‘ Weiters heißt es in der Antwort: ‚in der öffentlichen Wahrnehmung gilt sie als ethische Instanz‘“, so **Neubauer**.

„Damit akzeptiert die aus Vertretern von SVP und PD zusammengesetzte Landesregierung in **Südtirol** unkritisch die Sichtweisen der Organisation. Sie fordert nicht einmal deren öffentliche Distanzierung von den bereits nach Kriegsende begangenen ‚Partisanen‘-Morden an Zivilisten, unter denen sich zahlreiche katholische Geistliche befanden. Wie man diese Vorgehensweise in den Südtiroler Schulen den Schülern erklären will, scheint unklar. Mit dieser merkwürdigen Argumentation liefert sich die Regierung Kompatscher Rom zur Gänze aus. Sie verzichtet nämlich auf eine eigene Beurteilung solcher Anliegen in politischer und moralischer Form und akzeptiert gleichermaßen als Richtlinie ihres Handelns das, was in der ‚öffentlichen Wahrnehmung‘ in Italien – und nicht in **Südtirol** – für richtig befunden wird. Damit gibt man eigene Positionen auf, die man aber gerade jetzt bei den Verhandlungen zum Autonomiepaket dringend brauchen wird“, warnte **Neubauer**.

„Angesichts der Haltung der Südtiroler Landesregierung in dieser eigentlich einfach handzuhabenden Frage ist zu befürchten, dass die Südtiroler Landesregierung auch hinsichtlich der Autonomie-Beschneidungen durch die zentralistische Verfassungsreform Italiens grundsätzlich das Ergebnis der Italien-weiten Volksabstimmung und die offiziellen Regierungsstandpunkte zum Maßstab ihres Handelns machen wird. Die Interessen Südtirols und deren Menschen gelten einer solchen Politik in diesen Tagen offenbar nichts mehr, sie haben den machtpolitischen Interessen der Südtiroler Volkspartei zu weichen“, kritisierte **Neubauer**.

Hier eine SID-Dokumentation über die [Geplante Ausschreitungen kommunistischer „Partisanen der letzten Stunde“](#)

Einige Bilder sogenannter „Nachkriegspartisanen“ in Italien und ihrer Opfer:









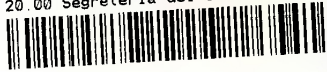


**Nachstehend die Anfrage der
Südtiroler Freiheitlichen und die
kritikwürdige Antwort der
Südtiroler Landesregierung.**

Landtag
Consiglio

Eingangsprotokoll - protocollo in entrata
Nr/no. **LTC_0003080** vom/del **20.05.2016**

20.00 Segreteria del Consiglio
20.00 Segreteria del Consiglio



999-E*P P
00016582

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Thomas Widmann
Bozen

Bozen, den 18. Mai 2016

ANFRAGE

2016/16

Vereinbarung mit der Nationalen Italienischen Partisanenvereinigung ANPI Mitgestaltungsrecht bei dem Zeitgeschichte-Unterricht an Südtirols Schulen

Landeshauptmannstellvertreter Christian Tommasini hat am 28. April 2016 mit Zustimmung der Landesregierung eine Vereinbarung mit der Nationalen Italienischen Partisanenvereinigung ANPI unterzeichnet, mit welcher diesem Partisanen-Traditionsverband ein weitgehendes Mitgestaltungsrecht bei dem Zeitgeschichte-Unterricht an Südtirols Schulen eingeräumt wird.

Bis heute verschweigt die ANPI in ihren Publikationen aber die grauenhaften Massenmorde an Zivilisten durch zumeist kommunistische Partisanen unmittelbar nach Kriegsende.

Die damalige kommunistisch gesteuerte Terrorwelle samt Raub, Diebstahl, Vergewaltigungen und Mord mit zehntausenden Todesopfern unter der wehrlosen Zivilbevölkerung ist in der Zeitgeschichte eine dokumentierte Tatsache.

- Beispiel – Namensliste von 130 katholischen Priestern, die von den kommunistischen Nachkriegs-Partisanen im Veneto und in Istrien abgeschlachtet worden sind, unter denen sich auch ein vierzehnjähriger Seminarist befand.

Die Partisanenvereinigung ANPI verschweigt auch bis heute die Untaten sogenannter Partisanen, die unmittelbar nach Kriegsende nach Südtirol hereinbrachen und in Salurn, Bozen, Naturns und an anderen Orten raubten, plünderten und in Gröden auch mordeten.

Die Täter wurden so gut wie nie belangt, weil die Generalamnestie von 1946 sie der Gerechtigkeit und Sühne entzog. Auch diese Fakten sind in der Zeitgeschichtsdarstellung heute ausführlich dokumentiert.

Die Landesregierung wird im Sinne der Geschäftsordnung um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Ist der Landesregierung bekannt, dass es sich bei der ANPI um eine Organisation handelt, welche sich als Traditionsverband auch sogenannter Nachkriegs-„Partisanen“ sieht, die 1945 kommunistisch inspirierte Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung begangen haben?
2. Ist der Landesregierung bekannt, dass die ANPI bis heute diese in ganz Italien aber auch in Südtirol begangenen Raubtaten und Morde nicht verurteilt und sich nicht öffentlich von den Tätern und den Taten distanziert hat?
3. Ist die Landesregierung der Meinung, dass man solch einen Verband damit beauftragen kann, das Geschichtsbild der Südtiroler Jugend zu formen?
4. Findet es die Landesregierung nicht angebracht, angesichts der fehlenden Qualifikation der ANPI sowie angesichts ihrer fehlenden Distanzierung von den Raub- und Mordtaten sogenannter kommunistischer „Partisanen“ den geschlossenen Vertrag zu widerrufen und eine seriöse Aufarbeitung dieses Geschichtsabschnitts durch anerkannte Historiker zu veranlassen?

L. Abg. Pius Leitner

Landtagsfraktion
Crispi-Str. 6
I-39100 Bozen
Tel. 0471 946 212
Fax 0471 946 301
freiheitliche@landtag-bz.org

Freiheitliche Partei Südtirol



Prot. 444887

Bozen, 18.08.2016

Herrn Abgeordneten
 Pius Leitner
 Landtagsfraktion Die Freiheitlichen
 Südtiroler Landtag
 Silvius-Magnago-Platz 6
 39100 Bozen

zur Kenntnis: Herrn Präsidenten
 Roberto Bizzo
 Südtiroler Landtag
 Silvius-Magnago-Platz 6
 39100 Bozen

Antwort auf die Landtagsanfrage Nr. 2011/16 betreffend die Vereinbarung mit der Nationalen Italienischen Partisanenvereinigung ANPI

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Leitner,

wir schreiben Ihnen betreffend Ihre Landtagsanfrage vom 2. Mai 2016 (Nr. 2011/16) und dürfen Ihnen als zuständige Landesräte wie folgt antworten.

Zu Frage 1: *Ist der Landesregierung bekannt, dass es sich bei der ANPI um eine Organisation handelt, welche sich als Traditionsverband auch sogenannter Nachkriegs-„Partisanen“ sieht, die 1945 kommunistisch inspirierte Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung begangen haben?*

ANPI ist eine Vereinigung, die auf staatlicher Ebene als anerkannte Körperschaft eingetragen ist; in der öffentlichen Wahrnehmung gilt sie als ethische Instanz.

Ursprünglich gegründet wurde ANPI von den ehemaligen Partisanen und den Verwandten der im Befreiungskampf Gefallenen. Diese vertraten das gesamte politische Spektrum und waren in ihrer Grundhaltung vor allem gegen Faschismus und Nazionalsozialismus getragen. Bekannte Persönlichkeiten wie etwa der ehemalige Staatspräsident Sandro Pertini waren Mitglieder von ANPI. Weiters waren Militärangehörige und natürlich Antifaschisten in ANPI zusammen vereint.

Die Vereinigung ANPI vertritt keine "kommunistischen" Grundgedanken und hat in keinem institutionellen Schriftstück irgendeine Form der Apologie von Massenmord oder der Verfolgung von Zivilisten zum Ausdruck gebracht.

Landesrat Florian Mussner fügt hinzu, dass ihm die Vergangenheit von einzelnen Mitgliedern der ANPI nicht bekannt sei. Bekannt ist hingegen die Nachkriegstragödie in Gröden, welche mit einzelnen Partisanen in Verbindung stand.

Zu Frage 2: *Ist der Landesregierung bekannt, dass die ANPI bis heute diese in ganz Italien aber auch in Südtirol begangenen Raubtaten und Morde nicht verurteilt und sich nicht öffentlich von den Tätern und den Taten distanziert hat?*

Es kann nur wiederholt werden, dass die Vereinigung ANPI, die auf staatlicher Ebene als anerkannte

Körperschaft eingetragen ist, in der öffentlichen Wahrnehmung als ethische Instanz gesehen wird und als solche gegen Faschismus und Nationalsozialismus eintritt.

Zu Frage 3: *Ist die Landesregierung der Meinung, dass man solch einen Verband damit beauftragen kann, das Geschichtsbild der Südtiroler Jugend zu formen?*

ANPI hat in ihrer langen Geschichte sozialen Engagements sich immer von der Grundidee leiten lassen, die demokratischen Werte der Verfassung aus der sog. Befreiung Italiens hochzuhalten. Dies bildet die Grundlage der Vereinbarung mit dem Unterrichtsministerium (MIUR), die auch die Autonome Provinz Bozen anerkennt.

Zu Frage 4: *Findet die Südtiroler Landesregierung es angebracht, angesichts der fehlenden Qualifikation der ANPI sowie angesichts ihrer fehlenden Distanzierung von Raub- und Mordtaten sogenannter kommunistischer „Partisanen“ den geschlossenen Vertrag zu widerrufen und eine seriöse Aufarbeitung dieses Geschichtsabschnitts durch anerkannte Historiker zu veranlassen?*

Seit geraumer Zeit befasst sich die Südtiroler Schule mit unserem historischen Bewusstsein und dies dank der Arbeit vieler engagierter, professionell arbeitender Lehrpersonen und Experten, denen die Prinzipien Pluralismus, korrekte Dokumentation, Quellenkorrektheit sowie eine offene Diskussion wichtig sind. Darüber hinaus liegt es in der Verantwortung der einzelnen Schule über eine Zusammenarbeit mit ANPI selbst zu entscheiden. Die Institutionen im Kulturbereich und die Forschungseinrichtungen sind sicher dazu befähigt, die wissenschaftlichen Grundlagen für eine seriöse Geschichtsdiskussion und das historische Bewusstsein unserer Schülerinnen und Schüler zu formen und zu begleiten.

Mit besten Grüßen



Philipp Achammer
Landesrat



Christian Tommasini
Landesrat



Mussner Florian
Landesrat